

Bundesarbeitsgemeinschaft
Kritischer
Polizistinnen und Polizisten
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krömmel

- **Bundessprecher** -

Thomas Wüppesahl
Kronsberg 31
D - 21502 Geesthacht-Krömmel
Tel.: 04152 – 885 666
Fax: 04152 - 879 669

Sonntag, 30. Mai 2010

PRESSEMITTEILUNG

Zu der Innenministerkonferenz (IMK) am 26./27. Mai 2010 sowie der Fachtagung der Linken in der Hamburger Bürgerschaft: „Demokratisierung der Polizei“, vom 29. Mai 2010 nehmen wir wie folgt Stellung:

„Der Abbau von Bürgerrechten geht schwach gebremst weiter?!“

„Die IMK befürwortete unter anderem die Erhöhung des Strafrahmens von Handlungen gegen Polizeibeamte, sog. Widerstandshandlungen (§ 113 StGB) von (maximal) zwei Jahren auf drei Jahre Haftstrafe.

Allen Innenministern ist bewusst, dass dieser Beschluss aufgrund anderer Delikte mit zum Teil mehr als doppelt so hohen möglichen Höchststrafen eine weitere schlechte Symbolpolitik darstellt. Durch die immer und ausnahmslos beim Handeln gegen im Dienst befindliche PolizeibeamtInnen werden Delikte wie Körperverletzung, Landfriedensbruch, Nötigung und andere Paragraphen erfüllt. Gerade aus dem Handlungszusammenhang von unfriedlichen Versammlungen.

Die IMK ist in ihrer Gänze einer Kampagne der großen Polizeigewerkschaften, im besonderen der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund und der Gewerkschaft der Polizei aufgesessen bzw. hat sich gerne dazu vereinnahmen lassen. Seit Monaten werben die Lobbyisten der Polizeien mit großen Aufwänden an Ressourcen für ein Sonderrecht für Polizeibeamte, obwohl es derer in der Rechtswirklichkeit in unerträglichem Maße gibt: Sowohl in der Einstellungspraxis von Verfahren gegen Polizeibeamte durch die Staatsanwaltschaften als auch zum Beispiel durch die Immunität (!) von Europol-Cops, was vielen gar nicht bekannt ist, und anderen Sumpfblüten...

Dass im Zusammenhang mit der IMK auch noch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) zeit- und kampagnengerecht mit seinen neuesten Auftragsergebnissen aufwartete, um der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass Polizeibeamte mehr noch im allgemeinen Streifendienst gefährdet sind, ist für Fachleute auch kein News, entfaltete gleichwohl Wirkung – siehe Beschluss der IMK.

Besser würde es sein, die Innenminister der Länder und des Bundes würden im Bereich ihrer Tätigkeitsbeschreibungen pflichtgemäße Erledigung melden: Ob bei der Einführung des abhörsichereren Digitalfunks (die BRD hinkt mit Albanien allen anderen Ländern in Europa hinterher), oder der Polizeidatenbank SIS II, die inzwischen sechs Jahre oder noch später mit den neunfachen Kosten (wenn überhaupt noch) umgesetzt werden wird, worüber selbst der SPIEGEL von „Lachnummer“ schreibt, und anderem mehr...

Bedauerlich ist im besonderen, dass selbst die Bundesjustizministerium diesem Drängen nach einer weiteren justizpolitischen Symbolhandlung, also der Kampagne von Polizeigewerkschaften, erlag, und – entgegen den Vereinbarungen in der Koalitionsvereinbarung – mit einem Gesetzesentwurf für die Erhöhung der höchsten Haftstrafe bei Handlungen gegen PolizeibeamtInnen auf dem Markt der Beliebigkeit tatkräftige Unterstützung gibt, ist eine Enttäuschung mehr. Alle Statistiken zeigen, dass andere Berufe, wie Hausfrauen, Bauarbeiter usw. ein erheblich höheres Risiko haben, verletzt oder gar getötet zu werden, als PolizeibeamtInnen, so bedauerlich jede Gewalthandlung auch ist.

Wie man es besser machen kann

Spiegelbildlich dazu fand gestern im Hamburger Landesparlament die Fachtagung der Bürgerschaftsfraktion der DIE LINKE statt. Sie befasste sich unter dem Thema „Demokratisierung der Polizei“ faktisch mit der „Gewalt auf den Straßen“ und im besonderen der von der Polizei ausgehenden Gewalt; auch wenn staatliche Instanzen davor die Augen verschließen möchten.

Eine inhaltlich erfreuliche Veranstaltung, die den bekannten Stand der Erkenntnislage erneut transportierte und das erforderliche Kontrastprogramm zur IMK wenige Tage zuvor darstellte:

- Fort- und Ausbildung gehören (endlich) auf Menschenrechtsstandards verpflichtet;
- Novellierung der Hamburger Polizeigesetze;
- Die derzeit 39 Gefahrengelände gehören wg. Gefährder-Konstruktionen der Polizei genommen;
- Praktische Immunität (tendenziell) polizeilicher Übergriffe in Hamburg;
- Einrichtung einer effizienten Stelle Polizeibeauftragten bzw. Ombudsmann;
- Prävention wird zu großen Teilen als Tarnbegriff für unverblühte Repression verwendet.

Wir fanden diese Veranstaltung durchaus als gelungene meinungsbildende Tagung, die zwar nichts Neues generierte, aber alle unsere Positionen seit den 80er Jahren (siehe auch: <http://www.kritische-polizisten.de/grundsatzpositionen/index.htm>) bzw. unsere mit dem Polizeiskandal der 90er Jahre in Hamburg entwickelten Forderungen bestätigte. Es bleiben organisatorisch-handwerkliche Fragen: Weshalb werden die Kritischen PolizistInnen nicht eingeladen? Wieso docken Die Linken an die Forderungen von Humanistischer Union oder Amnesty International nach einer unabhängigen Polizeikontrolle an, während wir als BAG Kritischer PolizistInnen sie viel länger erheben und nachweislich zu den Urhebern dieser Forderung gehören? Aber: Wir sind ja von Parteien unabhängig.

Es bleiben die fehlende Nachdenklichkeit bei den Innenministern und eine pluralistische Öffnung der DIE LINKE. Das BKA darf nun auch Online-Durchsuchungen durchführen, Verfassungsschutz und Polizei dürfen die Kennungen von Mobiltelefonen identifizieren. Die Geheimdienste sind ermächtigt, Fluggastdaten bei Luftfahrtunternehmen, Kontendaten bei Banken, Bestands- und Verkehrsdaten bei Postdiensten und Verbindungs- und Standortdaten bei Telekommunikationsanbietern abzufragen. Die Trennung von Polizei und Geheimdiensten ist mehr als aufgeweicht. Weiterer enger Zusammenarbeit wird sogar das Wort geredet; in der Praxis läuft´s schon.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf dem Weg in den Überwachungsstaat, der seinen Bürgern misstraut und dafür den Schutz der Privatsphäre und die Unschuldsvermutung aufs Spiel setzt. Nach dem 11. September 2001 ist unsere Freiheitsphilosophie ins Wanken geraten. Es scheint, als dürfe der Staat plötzlich seine Bürger nach Belieben überwachen.

Die Innenminister sollen system- wie verfassungstheoretisch Verfassungsminister sein. Dabei sind sie es, die das staatliche Gewaltmonopol langsam zur Bedrohung für die Bürgerinnen und Bürger umgebaut haben.“

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Thomas Wüppesahl